SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Globalisierung und innenpolitische Stabilität: der Einfluss außenwirtschaftlicher Öffnung auf das innenpolitische Konfliktpotenzial

Schneider, Gerald; Bussmann, Margit

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Schneider, G., & Bussmann, M. (2005). *Globalisierung und innenpolitische Stabilität: der Einfluss außenwirtschaftlicher Öffnung auf das innenpolitische Konfliktpotenzial.* (Forschung DSF, 2). Osnabrück: Deutsche Stiftung Friedensforschung. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-260262

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Globalisierung und innenpolitische Stabilität: Der Einfluss außenwirtschaftlicher Öffnung auf das innenpolitische Konfliktpotenzial

Gerald Schneider/Margit Bussmann

Kontakt:
Deutsche Stiftung Friedensforschung DSF
Am Ledenhof 3-5
49074 Osnabrück
Fon 0541-600 35 42
Fax 0541-600 790 39
info@bundesstiftung-friedensforschung.de
www.bundesstiftung-friedensforschung.de

Dr. Margit Bussmann
Prof. Dr. Gerald Schneider
Fach D 86
Fachbereich für Politik- und Verwaltungswissenschaft
Universität Konstanz
78457 Konstanz
Fon 07531-88 26 08
Fax 07531-88 27 74
Margit.Bussmann@uni-konstanz.de
Gerald.Schneider@uni-konstanz.de

© 2005 Deutsche Stiftung Friedensforschung
Gestaltung, Satz und Herstellung: atelier-raddatz.de und DSF
Druck: Günter-Druck GmbH, Georgsmarienhütte
Alle Rechte vorbehalten.
Printed in Germany 2005

Spendenkonto der Deutschen Stiftung Friedensforschung:
Sparkasse Osnabrück, Konto 1230, BLZ 265 501 05

Inhalt

Zusammenfassung

Executive Summary

		Seite
1.	Globalisierung und innenpolitische Stabilität: Der Einfluss außenwirtschaftlicher Öffnung auf das innenpolitische Konfliktpotenzial	**6**
1.1.	Problemstellung und Leitfragen	**6**
1.2.	Hinweise zur Forschungsmethodik	**8**
1.2.1.	Beschreibung der Variablen und deren Operationalisierung	**9**
1.2.2.	Fallstudien	**12**
1.3.	Darstellung und Bewertung der Ergebnisse	**12**
2.	Außenwirtschaftliche Öffnung und Frieden in Afrika: Guinea und Guinea-Bissau	**16**
3.	Ergebnisse zu Streiks in Lateinamerika	**19**
4.	Zusammenfassende Bewertung	**21**
5.	Weitere Forschungsperspektiven	**22**

Literaturverzeichnis **23**

DSF-Forschung erscheint in unregelmäßiger Folge. Für Inhalt und Aussage der Beiträge sind jeweils die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Zusammenfassung

Die fortschreitende Integration der Volkswirtschaften der Welt hat eine ausufernde Diskussion darüber entfacht, ob diese Dimension der „Globalisierung“ Frieden schafft, Konflikte schürt oder weder einen direkten noch einen indirekten Einfluss auf das Risiko politischer Gewalt ausübt. Zu den am heftigsten diskutierten indirekten Effekten gehören die Konsequenzen der außenwirtschaftlichen Öffnung auf den inneren Zusammenhalt von Gesellschaften. Globalisierungsskeptiker schreiben dem Abbau von Handelshemmnissen und Kapitalverkehrskontrollen negative Wirkungen zu; umgekehrt lässt die These des „Freihändlerischen Friedens“ erwarten, dass sich Gesellschaften angesichts der vergrößerten Wohlfahrt, einer direkten Wirkung der Öffnung, durch außenwirtschaftliche Öffnung befrieden lassen.

Standardmodelle der Politischen Ökonomie qualifizieren diese politisch relevante, oft aber empiriefern geführte Debatte auf zentrale Weise: So lassen beide Standardmodelle zur Analyse der Wirkungen handelspolitischer Maßnahmen, das Ricardo-Viner- und das Heckscher-Ohlin-Modell (bzw. das Stolper-Samuelson-Modell), erwarten, dass die Liberalisierung zunächst zu einem Umverteilungskonflikt führt. Aus diesem Grund werden sich die Verlierer der Globalisierung zumindest kurzfristig gegen den Liberalisierungsschritt wenden. Wenn die hauptsächliche Konfliktlinie in der Außenwirtschaftspolitik zwischen den Sektoren verläuft, wird die Opposition vom importkonkurrierenden Sektor kommen. Wirft die Handels- und Kapitalverkehrspolitik einen Graben zwischen den verschiedenen Faktorbesitzern auf, ist eher mit Widerstand des knappen Faktors zu rechnen. Dies ist, vereinfacht gesagt, in den Industrieländern die Arbeiterschaft und in Entwicklungsländern die Gruppe der Kapitalbesitzer.

Wir haben diese politökonomischen Grundlagen zur Herleitung eines Modells genutzt, aus dem wir zwei grundlegende Hypothesen ableiten: Während langfristig außenwirtschaftliche Öffnung zu einer Stabilisierung der Gesellschaft führt, rechnen wir auf kurze Sicht mit einer Destabilisierung. Diese sich ergänzenden Hypothesen haben wir an verschiedenen Datensätzen, für unterschiedliche Ländersamples und eine Vielzahl von Definitionen der außenwirtschaftlichen Öffnung überprüft. Die Globaluntersuchungen, die sich auf die Gruppe der besonders fragilen Entwicklungsländer bzw. sämtliche Nationalstaaten seit den 1960er Jahren beziehen, zeigen zunächst, dass sich besonders für die optimistische Einschätzung einige Evidenz finden lässt. So ist besonders in wirtschaftlich geschlossenen Ländern die Wahrscheinlichkeit größer als in wirtschaftlich offenen Staaten, dass die staatlichen Institutionen versagen, Gewalt zur Lösung politischer Konflikte eingesetzt wird oder Bürgerkriege ausbrechen.

Andererseits finden wir auch einige Belege dafür, dass in Zeiten des außenwirtschaftspolitischen Wandels politische Akteure eher zu den Waffen greifen als in Perioden ohne wirtschaftspolitische Reformen. Dies ließ sich zum Beispiel für die afrikanischen Staaten südlich der Sahara zeigen. Regierungen können den sozialpolitischen Zündstoff, den die außenwirtschaftliche Öffnung kurzfristig mit sich bringt, durch geeignete Kompensationsmaßnahmen entschärfen. Dies ergab insbesondere der Ländervergleich, den wir für Guinea und Guinea-Bissau unternommen haben. In Schwellen- und Industrieländern führt außenwirtschaftliche Öffnung nur begrenzt zu politischer Gewalt; in diesen oft demokratisch organisierten Staaten sollten Liberalisierungsmaßnahmen kurzfristig eher das Streikaufkommen anwachsen lassen. Diese Erwartung haben wir vor allem für Lateinamerika

untersucht. Unsere bisherige empirische Evidenz bestätigt in Einklang mit den politökonomischen Modellen, dass sich die Verlierer gegen außenwirtschaftliche Öffnung stemmen können. So ist in Argentinien in den Monaten nach zentralen handelspolitischen Initiativen mit einem erhöhten Streikniveau durch Angehörige des importkonkurrierenden Sektors zu rechnen, während diese Reformen das generelle Streikniveau nicht verändern.

Abstract

The continuing global integration of national economies has instigated an extensive discussion about whether this dimension of “globalisation” creates peace, fuels conflicts, or whether there is neither a direct nor indirect impact on the risk of political violence. Among the most fiercely discussed indirect effects are the consequences of foreign economic liberalisation on the internal cohesion of a society. Sceptics of globalisation attribute negative effects to the reduction of trade barriers and capital controls. In contrast, the thesis of the “liberal peace” expects that societies become more peaceful as a result of increased welfare through economic openness.

Standard political economy models of trade policy-making qualify this politically relevant debate in which systematically gathered evidence has not played a large role. Both standard approaches, the Ricardo-Viner- and the Heckscher-Ohlin model (or the Stolper-Samuelson model), assume that liberalisation at first leads to a distributive conflict. For this reason the losers of globalisation resist, at least in the short run, liberalisation. If the conflict over foreign economic liberalisation is fought along sectoral lines, opposition will come from the import-competing sector. If the division between factors is the key feature of trade policy-making, resistance will arise from the scarce factor. In the industrialized world, labor would loose under foreign economic liberalisation and capital would win. As capital is scarce in developing countries, the cleavage would take the opposite direction in these states.

Based on these foundational approaches in modern non-classical economics we deduct a model from which we draw two hypotheses: Whereas in the long run foreign economic openness increases the political stability in a society, the process of liberalisation can destabilise a society in the short-term. We tested these complementary hypotheses with different data sets and samples using a variety of definitions for foreign economic openness and liberalisation. The analysis of the global sample as well as the examination focussing on developing countries supported the optimistic assessment. In economically closed states the risk is higher than in economically open states that political institutions collapse and that actors use force to reach their goals. We also find some evidence that in times of foreign economic change political actors more likely resort to arms than in periods without political economic reforms. We could show this interrelation for example for states in Sub-Saharan Africa. Governments can defuse socio-political tensions resulting from foreign economic liberalisation through appropriate compensations, a finding that emerged in a comparative analysis that we conducted of Guinea and Guinea-Bissau. In developed countries foreign economic liberalisation causes less political violence; in these often democratically organised states measures of liberalisation should rather influence the incidence of strikes. We examined this assumption for Latin America. Our hitherto existing empirical evidence confirms political economic models showing losers of globalisation turning against economic reforms. For example in Argentina we cannot observe a change in the general strike activities after initiatives to liberalise trade but see a higher level of strikes among members of the import-competing sector.

1. Globalisierung und innenpolitische Stabilität: Der Einfluss außenwirtschaftlicher Öffnung auf das innenpolitische Konfliktpotenzial

1.1. Problemstellung und Leitfragen

Die vor kurzem vollzogene Osterweiterung der Europäischen Union ist ein prominentes Beispiel der zunehmenden wirtschaftlichen und politischen Liberalisierung, die trotz einzelner Rückschritte weltweit seit den 1980er Jahren zu beobachten ist. Dieser positiven Entwicklung steht jedoch eine Welle innenpolitischer Gewalt gegenüber. In mehreren Teilen der Welt kam es seit dem Ende des Kalten Krieges zum Ausbruch gewaltsamer innenpolitischer Konflikte. Als einer der Gründe für dieses Gewaltpotential wird neben dem Machtvakuum, das die Großmächte hinterlassen haben, und ethnischer Spannungen auch die forcierte außenwirtschaftliche Öffnung genannt, der sich viele Staaten freiwillig oder auf Drängen internationaler Institutionen unterzogen haben. So glauben einige Gegner der Globalisierung, dass die Liberalisierung der Außenwirtschaftspolitik die Einkommensungleichheit verschärfe und dadurch internes Konfliktpotential schüre. Einige Untersuchungen deuten darauf hin, dass die Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen zumindest in Lateinamerika destabilisierend wirkt.[1] Doch da in anderen Regionen die positiven Effekte der Liberalisierung zu überwiegen scheinen, verbindet die Mehrzahl der Ökonomen und Politiker außenwirtschaftliche Öffnung mit der Erwartung von Wirtschaftswachstum[2] und, damit verknüpft, der Hoffnung auf eine gesellschaftliche Stabilisierung.

Eine dritte Position in dieser Debatte besteht darin, aufgrund der kurz- und mittelfristigen Umverteilungswirkungen außenwirtschaftlicher Öffnung eine Erhöhung des Risikos innenpolitischer Konflikte für den Zeitraum zu erwarten, in dem ein Staat sich wirtschaftlich restrukturiert. Nach Auffassung einiger Globalisierungskritiker[3] geht ein Reformland das Risiko ein, über den Öffnungskurs den Grad an politischer Instabilität markant zu erhöhen. Besonders Nobelpreisträger Joseph Stiglitz[4] verweist darauf, dass die Reform der Außenwirtschaftspolitik unter der Ägide des Internationalen Währungsfonds bestehende Sozialstrukturen zerrissen habe. Vor allem der Abbau von Kapitalverkehrskontrollen habe negative Effekte hervorgerufen.

In diesem Sinne wäre zu erwarten, dass der „Rush to Free Trade“,[5] der neben den meisten Industrieländern besonders viele Entwicklungsländer in den letzten zwei Jahrzehnten erfasst hat, von einer zunehmenden gesellschaftlichen und politischen Instabilität begleitet ist. Doch obwohl diese These in der Globalisierungsdebatte eine zentrale Rolle spielt, fehlt es bis jetzt an einem Modell zur Abschätzung dieses Risikos und an systematischen Tests. So beschäftigt sich der größte Teil der einschlägigen Literatur mit den *Ursachen* und nicht etwa den *Folgen* der ökonomischen Interdependenz. Auch die Bürgerkriegsforschung, die

---

1 Ronald D. Fischer: The Evolution of Inequality after Trade Liberalization. In: Journal of Development Economics 66 (2001), 2, S. 555-579.

2 Stanley Fischer: Globalization and its Challenges. In American Economic Review 93 (2003), 2, S. 1-30.

3 Francis Adams/Dev Gupta Satya/Kidane Mengisteab: Globalization and the Dilemmas of the State in the South. New York:Macmillan & St. Martin´s Press 1999. Ankie Hoogvelt: Globalization and the Postcolonial World. Baltimore: John Hopkins University Press 2001.

4 Joseph E. Stiglitz: Capital-Market Liberalization, Globalization, and the IMF. In: Oxford Review of Economic Policy 20 (2004), 1, S. 57-71.

5 Dani Rodrik: The Rush to Free Trade: Why so late, why now? In: Stephan Haggard/Steven B. Webb (Hrsg.): Voting for Reform. Democracy, Political Liberalization, and Economic Adjustment. Oxford: Oxford University Press 1994, S. 61-88.

in den letzten Jahren eine zunehmende Professionalisierung erfahren hat, verweist nur zum Teil auf ökonomische Bedingungen von innerstaatlichen Konflikten. Besonderes Gewicht kommt dabei dem Rohstoffbesitz zu;[6] die Verflechtung eines Staates mit der Weltwirtschaft spielt in den quantitativ-empirischen Analysen höchstens die Rolle einer Kontrollvariablen. Dies ist ganz im Gegensatz zu den 1970er und 1980er Jahren, als Vertreter der Dependenzansätze auf die angeblich destabilisierende Wirkung einer Integration der Entwicklungs- und Schwellenländer in die Weltwirtschaft verwiesen. Frühere Kolonialstaaten oder Länder, die wie Kolonien in die Weltwirtschaft integriert seien, erführen „unvollständige Wirtschaftskreisläufe, eine krasse soziale Zerklüftung und eine aus beiden Faktoren zwangsweise resultierende politische Instabilität", argumentierte etwa Senghaas.[7] Auch wenn Weede[8] und andere diese Dependenz-Thesen zurückwiesen, tauchte die Befürchtung in jüngerer Zeit wieder in der deutschsprachigen Literatur auf.[9]

Grundsätzlich kann außenwirtschaftliche Öffnung den Zusammenhalt einer Gesellschaft kurz- oder langfristig beeinflussen. So ist etwa denkbar, dass eine Gesellschaft zwar kurz vor und nach dem Vollzug von außenwirtschaftlichen Liberalisierungsmaßnahmen von sozialpolitischen Unruhen durchschüttelt ist, dass aber der Wachstumseffekt, den die Öffnung herbeiführte, langfristig diese Konflikte entschärft. Zielsetzung des Forschungsprojektes war die Überprüfung der unterschiedlichen Positionen. Genauer gesagt wollten wir untersuchen,

a) inwiefern außenwirtschaftliche Öffnung längerfristig das innenpolitische Konfliktpotenzial erhöht oder ob die Liberalisierung eine gegenteilige Wirkung hervorruft;
b) ob außenwirtschaftliche Öffnung zwar längerfristig keine solche Wirkungen entfaltet, aber in der Transitionsphase die Konfliktwahrscheinlichkeit erhöht;
c) in welchem Ausmaß der möglicherweise negative Effekt außenwirtschaftlicher Öffnung von der Wirkung anderer Faktoren, wie des Entwicklungsstandes, der Regierungsform und der Bevölkerungsgröße, abhängt. So kann sich in einer Demokratie außenwirtschaftliche Öffnung zwar durch Proteste äußern, diese werden jedoch nicht gewalttätig, da die Bevölkerung verschiedene legale Formen findet, um ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen.

Unser Konstanzer DSF-Forschungsprojekt schließt somit eine Lücke in der Literatur zur innerstaatlichen Konfliktforschung und stellt eine Ergänzung zur Erforschung des „liberalen Friedens" dar, der einen uneingeschränkt positiven Effekt der Globalisierung für die binnenstaatlichen Sozialbeziehungen wie auch die zwischenstaatlichen Beziehungen vermutet.

---

[6] Paul Collier: Implications of Ethnic Diversity. In Economic Policy 16 (2001), 32, S. 129-166. Indra de Soysa: Paradise is a Bazaar? Greed, Creed, and Governance in Civil War, 1989-99. In Journal of Peace Research 39 (2002), 4, S. 395-416. Paul Collier/V. L. Elliott/ Havard Hegre/Anke Hoeffler/Marta Reynal-Querol/Nicholas Sambanis: Breaking the Conflict Trap. Civil War and Development Policy. Oxford: Oxford University Press 2003.

[7] Dieter Senghaas: Die fixe Idee vom Kampf der Kulturen. In: K. Peter Fritzsche/Frank Hörnlein (Hrsg.): Frieden und Demokratie. Baden-Baden: Nomos 1998, S. 164-165.

[8] Erich Weede: Rent-Seeking und Dependenz als Erklärungsansätze für die Armut in der Dritten Welt. In: Ders. (Hrsg.): Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Tübingen: J.C.B. Mohr 1990, S. 166-187.

[9] Klaus Schlichte: Krieg und Vergesellschaftung in Afrika. Münster u. a.: LIT 1996. Sabine Kurtenbach/Andreas Mehler: Regionalwissenschaften und gewaltsame Konflikte. In: Dies. (Hrsg.): Die Vielfalt von Gewaltkonflikten: Analysen aus regionalwissenschaftlicher Perspektive. Hamburg: DÜI 2002, S. 7-17.

1.2. Hinweise zur Forschungsmethodik

Wir gingen diesen Fragestellungen mit verschiedenen Methoden nach. Durch formale Modelle entwickelten wir Hypothesen, die wir sowohl mit quantitativen Tests als auch anhand von Fallstudien überprüft haben. Das formale Modell beruht auf der Logik eines Verhandlungsmodells, in dem zwei Seiten – die potentiellen Verlierer und Gewinner der Liberalisierung – über das Ausmaß der Liberalisierung und die Aufteilung der Liberalisierungsgewinne streiten. Die Verlierer und die Gewinner haben dabei die Möglichkeit, Gewalt gegen die andere Seite auszuüben. Aus dieser Anreizstruktur ergibt sich als ein intertemporales Gleichgewicht, dass die Verlierer der außenwirtschaftlichen Öffnung Gewalt ausüben, solange die Kosten der Konfliktausübung nicht den Nutzen aus der Aneignung des Liberalisierungsgewinns übersteigen. Im Laufe der Zeit schwinden die Anpassungskosten an das neue außenwirtschaftliche Regime, was die Attraktivität der Öffnung verbessert. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich der Frieden bewahren lässt, folgt einem J-ähnlichen Verlauf.

Wer die Gewinner und Verlierer sind, lässt sich mit Hilfe der Außenwirtschaftstheorie ermitteln. Relevant sind besonders das Heckscher-Ohlin- und das Ricardo-Viner-Modell. Der erste Standardansatz vermutet einen Konflikt zwischen den Produktionsfaktoren um die Orientierung der Handelspolitik. Während der im Übermaß vorhandene Faktor freihändlerisch eingestellt ist, sind die Neigungen des knappen Faktors protektionistisch. In Industrieländern wären also die Kapitalbesitzer Gewinner der Globalisierung, während in Entwicklungsländern der Faktor Arbeit vom „Wettlauf um den Freihandel“ profitieren müsste.[10] In agrarisch orientierten Ländern könnten besonders Bauern von einer Öffnung der Märkte im Norden profitieren. Das Ricardo-Viner-Modell, das in der kurzen Frist einige empirische Relevanz besitzt, postuliert eine Konfliktlinie zwischen dem importkonkurrierenden Sektor und der Exportwirtschaft. Während sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer in den international konkurrenzfähigen Unternehmen an einer weiteren außenwirtschaftlichen Liberalisierung interessiert sein müssten, wären die auf den Binnenmarkt fixierten Produzenten tendenziell protektionistisch.

Wie bei jedem Modell handelt es sich auch hier um Vereinfachungen, die der stringenten Herleitung unserer Hypothesen dienen. Die Annahmen, die den Modellen zugrunde liegen, wirken dabei realistisch. So scheinen die individuellen Präferenzen zur Ausrichtung der Außenwirtschaftspolitik auch – aber nicht ausschließlich – durch die Faktorausstattung und Sektorzugehörigkeit der Arbeitskräfte beeinflusst zu sein.[11] Zudem haben wir in unserer Modellarbeit auch Korrekturen an den neoklassischen Modellen berücksichtigt, die besonders auf die kritische Rolle des Abbaus von Kapitalkontrollen hinweisen.[12] Außenwirtschaftliche Öffnung betrifft mehrere Dimensionen, wobei für unser Vorhaben vor allem die Unterscheidung zwischen der Handels- und der Kapitalverkehrsoffenheit entscheidend war. Besonders der Abzug kurzfristiger Investitionen könnte Gesellschaften destabilisieren; eine Vermutung, die eine gewisse Ähnlichkeit mit den Dependencia-Postulaten der 1970er Jahre aufweist. Länder, die sich also über den Abbau von Kapitalverkehrskontrollen sol-

[10] Dani Rodrik, a. a. O., 1994.
[11] Kevin O´Rourke: Heckscher-Ohlin Theory and Individual Attitudes to Trade. NBER Working Paper 9872 (2003).
[12] Joseph E. Stiglitz: Globalization and its Discontents. London: W.W. Norton & Company 2002. Ders.: Capital-Market Liberalization, Globalization, and the IMF. In: Oxford Review of Economic Policy 20 (2004), 1, S. 57-71.

chen Finanzströmen öffnen, könnten demnach ein erhöhtes Konfliktrisiko haben, wie Stiglitz formal demonstriert.[13]

Die aus der Handelstheorie und dem intertemporalen Modell abgeleiteten Hypothesen haben wir verschiedenen empirischen Tests unterzogen. Bei unseren statistischen Untersuchungen haben wir mit multivariaten Modellen (d. h. unter Einbezug von Kontrollfaktoren) den Einfluss der außenwirtschaftlichen Öffnung auf die innenpolitische Stabilität untersucht. Für diese Regressionsanalysen verwendeten wir verschiedene Schätzmethoden (gepoolte Zeitreihen- und Querschnittsanalysen, random-effects and fixed-effects Panelanalysen, Durchschnittspopulationsmodelle, Überlebensanalysen), um zu gewährleisten, dass die Ergebnisse nicht von der Auswahl des statistischen Verfahrens abhängig sind. Generell verwendeten wir die logistischen Varianten der verschiedenen Schätzmethoden, da es sich bei den abhängigen Variablen jeweils um Variablen dichotomer Ausprägung handelt.[14] Die Variablen nahmen jeweils den Wert eins an, wenn die entsprechende Form der Instabilität anzutreffen war und null bei deren Abwesenheit. Eine logistische Regression eruiert aufgrund der unabhängigen Variablen die Wahrscheinlichkeit, dass ein Ereignis eintritt. Für den Fall, dass Verletzungen der Annahmen vorliegen, die in das Standardmodell einfließen, verwendeten wir in allen Tests die Korrekturen, welche die Ökonometrie empfiehlt. Unsere Untersuchungseinheit ist das Staatenjahr, und in unseren umfassendsten Analysen verwenden wir Daten für rund 100 Staaten für die Jahre 1952 bis 2000. Andere Tests beziehen sich nur auf Afrika, Lateinamerika oder die Gruppe der Entwicklungsländer. Um den Effekt der forcierten Liberalisierung der 1980er Jahre zu erfassen und besonders die politischen Maßnahmen direkt statt nur über indirekte ökonomische Outputvariablen wie den Handelsquotienten zu messen, beschränkten wir uns teilweise auch auf den Zeitraum von 1980 bis 2000.

1.2.1. Beschreibung der Variablen und deren Operationalisierung

Unsere abhängige Variable ist politische Instabilität. Wir verwenden eine Vielzahl verschiedener Datensätze, um dieses Konzept zu operationalisieren. Durch die Verwendung unterschiedlicher Indikatoren für Instabilität möchten wir gewährleisten, dass unsere Ergebnisse auch bei wechselnder Definition der abhängigen Variable robust bleiben, zumal es in der Forschung noch keinen Konsens gibt, wie politische Instabilität zu messen ist.[15] Zudem ist zu erwarten, dass sich je nach Typ des politischen Systems außenwirtschaftliche Liberalisierung auf verschiedenen Stabilitätsdimensionen äußert. So ist in Demokratien eher mit Streiks und instabilen Regierungsverhältnissen zu rechnen, während in Ländern ohne fest gefügte politische Institutionen die Anwendung von Gewalt wahrscheinlicher ist.[16]

In der Mehrzahl unserer Tests untersuchen wir eine gewalttätige Form von Instabilität: Bürgerkriege. Bewaffneter Konflikt ist in dem Datensatz[17], der unserer Analyse zugrunde lag, definiert als „a contested incompatibility that concerns government or territory or both where the use of armed force between two parties results in at least 25 battle-related

---

[13] Ders. 2004.

[14] Die Ausnahme sind hier die Streikmodelle, für die wir ein negativ binominales Schätzverfahren verwendet haben, da es sich bei der abhängigen Variablen um die Anzahl der Streiks pro Jahr handelt.

[15] Juha Auvinen: Political Conflict in Less Developed Countries 1981-89. In: Journal of Peace Research 34 (1997), 2, S. 177-195. Terry Boswell/William J. Dixon: Marx's Theory of Rebellion: A Cross-National Analysis of Class Exploitation, Economic Development, and Violent Revolt. In: American Sociological Review 58 (1993) 5, S. 681-702.

[16] Robert H. Bates/Eliana La Ferrara: Political Competition in Weak States. In: Economics and Politics 13 (2001), 2, S. 159-184.

[17] Wir verwenden den Datensatz zu bewaffneten Konflikten der Uppsala University und des Peace Research Institute in Oslo. Der neue Datensatz unterscheidet sich von bisherigen in erster Linie durch das Herabsetzen der Anzahl von Todesopfern auf dem Schlachtfeld von 1000 auf 25.

deaths. Of these two parties, at least one is the government of a state".[18] Wir beschränken uns auf innerstaatliche bewaffnete Konflikte und untersuchen in erster Linie den Ausbruch von Bürgerkriegen, d. h. wir schließen die nachfolgenden Jahre aus, in denen das Land in den Bürgerkrieg verwickelt ist. Wir haben aber auch das Vorkommen von Bürgerkriegen in allen Jahren untersucht.

In zusätzlichen Tests konzentrieren wir uns auf Massenproteste, politische Gewalt und Staatsversagen. Die Variable Massenproteste nimmt den Wert eins an, wenn es in einem Staat in einem bestimmten Jahr zu gewaltsamen Unruhen, Generalstreiks oder Antiregierungs-Demonstrationen gekommen ist. Äquivalent fasst politische Gewalt das Vorkommen von revolutionären und Guerilla-Aufständen und politischen Morden zusammen. Dadurch unterscheiden wir, wie von Jagodzinski[19] empfohlen, zwei Arten von internen Konflikten, nämlich kollektive Proteste und politische Gewalt. Als Ergänzung untersuchen wir Staatsversagen, das sich aus revolutionären Bürgerkriegen, ethnischen Bürgerkriegen, Genoziden und/oder Staatskollapsen zusammensetzt.[20]

Unser eigener Beitrag zur Datenerhebung lag in der Zusammenstellung von Streikdaten für Lateinamerika mit Informationen der International Labor Organization. Unsere abhängige Variable ist hier die Gesamtzahl der Streiks und Arbeitsausschlüsse in einem Land pro Jahr. Ein Streik wird dort definiert als "temporary work stoppage effected by one or more groups of workers"; dagegen sind Arbeitsausschlüsse die "total and partial temporary closure of one or more places of employment, or the hindering of the normal work activities of employees, by one or more employers". Beide sind darauf ausgelegt, Forderungen zu verstärken oder ihnen zu widerstehen oder auch einfach Unmut zum Ausdruck zu bringen. Streikdaten sind auch in disaggregierter Form nach Wirtschaftssektoren vorhanden.

Unsere zentralen unabhängigen Variablen sind außenwirtschaftliche Offenheit und außenwirtschaftliche Öffnung. Unter dem ersten Konzept verstehen wir das Ausmaß, zu dem ein Staat tatsächlich in die Weltwirtschaft eingebunden ist. Die zweite Variable erfasst den Prozess, während dem eine Regierung die regulativen Voraussetzungen für Freihandel schafft. Dazu wählen wir ebenfalls wieder unterschiedliche Operationalisierungen, um die Robustheit unserer Ergebnisse zu gewährleisten. Um die langfristigen Auswirkungen von Offenheit zu messen, zählten wir Exporte und Importe zusammen und teilten diese Summe durch das Bruttoinlandsprodukt. Der außenwirtschaftliche Öffnungsprozess kann durch die jährliche Veränderung des Offenheitsindikators operationalisiert werden. Problematisch an diesem Indikator ist, dass die Handelsströme nicht unbedingt Aufschluss über die Handelspolitik geben. Zusätzlich verwendeten wir deswegen die CACAO-Daten, die in Konstanz gesammelt wurden. Dieser Datensatz operationalisiert die wirtschaftliche Offenheit entlang verschiedener Regulierungsdimensionen und berücksichtigt viele Offenheitsindikatoren, wie etwa Zölle und Quoten oder Einschränkungen des Kapitalverkehrs.[21] Die Öffnungsvariable misst in allen Untersuchungen die Veränderung zum Vorjahr, wodurch wir den Charakter des Öffnungsprozesses mit einbeziehen, also nicht nur ob sich ein Land

[18] Nils Petter Gleditsch/Peter Wallensteen/Mikael Eriksson/Margareta Sollenberd/Havard Strand: Armed Conflict 1946-2001: A New Dataset. In: Journal of Peace Research 39 (2002), 5, S. 615-637.

[19] Wolfgang Jagodzinski: Ökonomische Entwicklung und politisches Protestverhalten 1920-1973. Eine kombinierte Quer- und Längsschnittanalyse. In: Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 14 (1983), S. 18-43.

[20] Für Massenproteste und politische Gewalt verwenden wir Daten aus der Cross-National Time-Series Database und für die Operationalisierung für Staatsversagen Daten der State Failure Task Force (Gary King/Langche Zeng: Improving forecasts of state failure. In: World Politics 53 (2001), 4, S. 623-658).

[21] Christian W. Martin: Die doppelte Transformation. Wiesbaden: VS Verlag 2005. Ders./Gerald Schneider: Foreign Economic Liberalization Around the World. Vorgestellt beim DVPW-Treffen, Hamburg, April 2004.

öffnet, sondern auch ob es sich radikal oder nur langsam öffnet. Schließlich untersuchen wir Offenheit bezogen auf Auslandsinvestitionen anstatt der Handelsflüsse.[22]

In unseren Tests zu Streiks in Lateinamerika, aber auch in unseren Tests zu Bürgerkriegen in Afrika, kontrollieren wir Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds und die damit zusammenhängenden Reformmaßnahmen, welche die Regierungen durchführten, um die verlangte Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung innenpolitisch durchzusetzen. Gegenüber diesen Maßnahmen entzündete sich oft der Protest jenes Teils der Gesellschaft, der dafür die Kosten zu tragen hat. Ein führender Vertreter der Wirtschaftswissenschaften, Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, hat in den letzten Jahren verschiedentlich die These vertreten, dass gerade die uniforme Anwendung von Strukturanpassungsprogrammen, wie sie der sog. Konsens von Washington propagiert, negative Folgewirkungen hat.[23] Wir benutzen Indikatoren für die Implementation, aber auch die Unterbrechung von Strukturanpassungsprogrammen.[24]

Unsere Modelle stützen sich zudem auf die in der Literatur üblichen intervenierenden Variablen, wie sie etwa in den Standardmodellen von Hegre et al. oder Fearon und Laitin Anwendung fanden.[25] Dazu gehört der Entwicklungsstand eines Landes (gemessen als Bruttoinlandsprodukt pro Kopf), das Wirtschaftswachstum (ausgedrückt als Wachstumsrate des pro Kopf Bruttoinlandsprodukts) und die Bevölkerungsgröße.[26] Außerdem kontrollieren wir für die Art des politischen Regimes mit dem weit verbreiteten Polity IV- Index.[27] Polity IV kombiniert verschiedene institutionelle Charakteristika des politischen Systems zu einem Index von -10 für Diktaturen bis +10 für Demokratien.[28] Um die Auswirkungen von Konflikten in Nachbarländern zu kontrollieren, haben wir zusätzlich einen Indikator gebildet, der das Auftreten grenznaher Kriege misst. Für die unabhängigen Variablen nahmen wir den jeweiligen Wert des Vorjahres, eine einfache Methode, um dem Problem der Kausalität in entgegen gesetzter Richtung aus dem Weg zu gehen.[29] Zusätzliche intervenierende Variablen, wie z. B. ethnische Fraktionalisierung, wurden als Robustheitstests herangezogen, hatten jedoch keinen Einfluss auf unsere Ergebnisse und wurden deswegen nicht weiter beachtet. In unserem Streikmodell verwenden wir etwas andere Kontrollvariablen, wie etwa Demokratie, Inflation, Regierungsausgaben und Arbeitslosigkeit, die sich durch unsere Modellspezifizierung als signifikant erwiesen.

---

[22] Die Daten zu den Handelsflüssen und den Auslandsinvestitionen stammen aus den Penn World Tables Version 6.0 und von World Bank: World Development Indicators 1999 CD-ROM. Washington 1999.

[23] Joseph E. Stiglitz, a. a. O., 2002.

[24] Daten stehen zur Verfügung von Axel Dreher: Die Kreditvergabe von IWF und Weltbank. Ursachen und Wirkungen aus politökonomischer Sicht. Berlin: wvb 2003. Als Alternative verwenden wir Daten der World Development Indicators a. a. O., 1999.

[25] Havard Hegre/Tanja Ellingsen/Scott Gates/Nils Petter Gleditsch: Toward a democratic civil peace? Democracy, political change, and civil war, 1816-1992. In: American Political Science Review 95 (2001), 1, S. 33-48. James D. Fearon/Daniel D. Laitin: Ethnicity, Insurgency and Civil War. In: American Political Science Review 97 (2003), 1, S. 75-90.

[26] Daten wurden von den World Development Indicators und den Penn World Tables verwendet.

[27] Monty G. Marshall/Keith Jaggers: Polity IV Project: Political Regime Characteristics and Transition, 1800-1999. In: http://www.cidcm.umd.edu/inscr/polity, 14.6.2005.

[28] Die Indikatoren des Polity-Datensatzes wurden bezüglich des Wettbewerbs und der Regulierung der politischen Partizipation, des Wettbewerbs der Exekutive, der Offenheit der Rekrutierung der Exekutive und den Einschränkungen der Exekutive kodiert. Dieser Datensatz ist bis heute der umfassendste und differenzierteste Datensatz zu politischen Regimen. Auch weist ein Vergleich mit anderen Regime-Datensätzen insbesondere für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, den Zeitraum der vorliegenden Studie, eine hohe Korrelation auf (Tatu Vanhanen: A New Dataset for Measuring Democracy, 1810-1998. In: Journal of Peace Research 37 (2000), 2, S. 251-265. Kenneth A. Bollen/Robert W. Jackman: Political Democracy and the Size Distribution of Income. In: American Sociological Review 50 (1985), 4, S. 438-457.

[29] Dazu haben wir zusätzlich das Endogenitätsproblem über spezielle statische Modelle zu lösen versucht. Dazu kommen verschiedene Ansätze in Frage, die „instrumentelle" Variablen verwenden (William. H. Greene: Econometrics Analysis. Upper Saddle River u. a.: Prentice Hall 2000).

Die Variablen für Entwicklungsstand und Demokratie wurden zur Bildung interaktiver Variablen mit Offenheit multipliziert, mit deren Hilfe anschließend die konditionalen Effekte überprüft wurden. Eine interaktive Variable erlaubt es, Auskunft darüber zu geben, ob der Effekt einer unabhängigen Variable von dem Wert einer anderen unabhängigen Variable abhängt. Das bedeutet, dass wir den Effekt von außenwirtschaftlicher Öffnung in Abhängigkeit von beispielsweise dem Entwicklungsstand eines Landes untersuchen konnten.

1.2.2. Fallstudien

Im Anschluss an die quantitativen Analysen haben wir das Verhältnis zwischen außenwirtschaftlicher Öffnung und innenpolitischer Gewalt zusätzlich anhand ausgewählter Länderstudien untersucht. Die Fallstudien dienen dazu, die Zusammenhänge zu exemplifizieren, aber auch zur Verfeinerung des formal hergeleiteten Kausalmechanismus. Die Fallauswahl fand anhand unserer zentralen unabhängigen Variablen, der außenwirtschaftlichen Liberalisierung, statt. Wir wählten erstens ein Land aus, das ein bis zwei Jahre nach einer Liberalisierungsepisode einen ausbrechenden Bürgerkrieg erfahren hat, und ein in den Kontrollvariablen vergleichbares Land, auf dessen Liberalisierungsepisode kein Konfliktausbruch folgte. Für die fallspezifischen Informationen zu den afrikanischen Staaten bezogen wir uns neben der jeweiligen Sekundärliteratur auf das Keesings Archiv der Gegenwart und das Afrika Jahrbuch des Hamburger Institutes für Afrika-Kunde.

Für Lateinamerika haben wir die Auswahl der Länder zum Teil von der Datenlage abhängig machen müssen. So haben wir vor allem für die größeren Länder Zeitreihen von über zehn Jahren Dauer und für rund zehn Wirtschaftssektoren und berichten die Ergebnisse der Fallstudie Argentinien.

1.3. Darstellung und Bewertung der Ergebnisse

Unsere Untersuchungen weisen zum größten Teil die erwarteten Ergebnisse auf. Erstens lassen sich auf theoretischer Ebene Bedingungen identifizieren, unter denen Akteure in Zeiten der tatsächlichen oder auch nur angekündigten außenwirtschaftlichen Öffnung zu Waffengewalt oder außerparlamentarischem Protest neigen. Die Umverteilung, welche durch die Liberalisierung hervorgerufen wird, ist die zentrale Variable in diesem Zusammenhang. Wir haben deshalb in Publikationen unseren Ansatz als die „Umverteilungsvariante“ des freihändlerischen Liberalismus bezeichnet.[30] Gemäß der These des „Freihändlerischen Friedens“ ist zu erwarten, dass außenwirtschaftliche Öffnung zu Frieden führt, da freier Handel den Wohlstand vergrößert und somit der Stabilität innerhalb einer Gesellschaft dienlich ist.

Wie erwähnt lassen Standardmodelle der Politischen Ökonomie zur Analyse der Wirkungen handelspolitischer Maßnahmen jedoch erwarten, dass die wirtschaftliche Liberalisierung zunächst zu einem Umverteilungskonflikt führt. Die Öffnung einer geschlossenen Volkswirtschaft ist ein schwerwiegender Eingriff in bestehende Sozial- und Wirtschaftsbeziehungen. Die Verlierer der Globalisierung werden sich zumindest kurzfristig gegen den Liberalisierungsschritt wenden, wobei zwischen Konfliktlinien zwischen den Sektoren (Ri-

[30] Siehe auch: Gerald Schneider/Katherine Barbieri/Nils Petter Gleditsch: Introduction. In: Dies. (Hrsg.) Globalisation and Armed Conflict. Lanham, MD: Rowman & Littlefield 2003. Gerald Schneider/Günter Schulze: The Domestic Roots of Commercial Liberalism: A Sector-Specific Model. In: Gerald Schneider/Katherine Barbieri/Nils Petter Gleditsch (Hrsg.): Globalisation and Armed Conflict. Lanham, MD: Rowman & Littlefield 2003, S. 103-122. Dies.: Trade and Conflict: The Political Foundations. University of Konstanz/University of Freiburg, mimeo 2004.

cardo-Viner-Modell) bzw. zwischen den Faktoren (Heckscher-Ohlin-Modell bzw. das Stolper-Samuelson-Modell) zu unterscheiden ist.

Die aus dem theoretischen Modell abgeleiteten Hypothesen finden zum großen Teil Unterstützung auf empirischer Ebene: In unseren umfassenden Tests von Bürgerkriegen hat die Variable Offenheit das erwartete positive Vorzeichen, und Öffnung ist negativ mit der Wahrscheinlichkeit eines Auftretens von Bürgerkrieg verbunden. Staaten, die stark durch Handelsflüsse in die Weltwirtschaft integriert sind, haben eine geringere Wahrscheinlichkeit, in einen innerstaatlichen Konflikt verwickelt zu werden. Gleichzeitig kann der Prozess der Liberalisierung das Risiko eines ausbrechenden Bürgerkrieges erhöhen. Beide Variablen sind statistisch sehr signifikant, d.h. wir sind uns zu 95 Prozent sicher, dass ein Zusammenhang besteht. Der langfristige, friedensstiftende sowie der kurzfristige, destabilisierende Effekt sind also bestätigt. Statistische Signifikanz sagt jedoch lediglich etwas darüber aus, wie sicher wir uns sein können, dass ein Zusammenhang besteht. Um darüber Aufschluss zu erhalten, ob ein Zusammenhang auch bedeutsam ist, errechneten wir die substantiellen Effekte. Wenn wir in einem hypothetischen Fall mit durchschnittlichen Werten, also ein Land mit durchschnittlichem Entwicklungsniveau, Bevölkerungsgröße, Demokratieniveau, außenwirtschaftlicher Offenheit und Liberalisierung, die Offenheit des Landes um eine Standardabweichung erhöhen, verringert sich die Konfliktwahrscheinlichkeit um 32,2%. Wenn wir dem hypothetischen Land nun anstatt des Status quo Liberalisierungsmaßnahmen unterstellen, erhöht sich die Konfliktwahrscheinlichkeit um 62,8%.[31] Gemäß unseren Erwartungen trägt also der Prozess der wirtschaftlichen Liberalisierung zu einer Destabilisierung bei, wenn wir den Ausbruch von Bürgerkriegen untersuchen. Der friedensstiftende Effekt von Offenheit ist ebenfalls gegeben.
Die Untersuchung von konditionalen Effekten gibt Aufschluss über die reale Bedeutsamkeit dieser Befunde. In wirtschaftlich hoch entwickelten Staaten verringert außenwirtschaftliche Offenheit das Risiko, dass ein Land in einen Bürgerkrieg verwickelt ist. In manchen armen Staaten jedoch erhöht Liberalisierung das Konfliktpotential.[32] Dies zeigt, dass die Wirkungen der Globalisierung in Übereinstimmung mit den politökonomischen Modellen indirekt sind.

Wenn wir andere Formen von Instabilität untersuchen zeigt sich ein ähnliches Bild. In den Abbildungen 1-3 ist zu erkennen, dass offene Länder weniger unter politischer Gewalt und Staatsversagen leiden. Während in den geschlossenen und mittleren Kategorien von *Offenheit* das Verhältnis zwischen Nicht-Gewalt und Gewalt ca. 2:1 beträgt, ist das Verhältnis bei den außenwirtschaftlich offenen Staaten etwa 9:1. Im Fall von Protesten können diese Unterschiede rein zufällig sein. Hier können wir erkennen, dass die Verteilung über alle drei Kategorien von *Offenheit* hinweg 2:1 beträgt. Offenheit steht zwar in keinem Zusammenhang mit friedlichem Protestverhalten einer Bevölkerung, mit politischer Gewalt scheint es jedoch systematisch zu variieren.[33]

[31] Margit Bussmann/Gerald Schneider: Foreign Economic Liberalization and Civil War. Unveröffentlichtes Manuskript, 2005.
[32] Dies.: Foreign Economic Liberalization and Civil War. Vorgestellt bei der Jahresversammlung der International Studies Association (ISA) in Portland/USA, 25.2. - 1.3. 2003.
[33] Dies./Harald Scheuthle: Die 'Friedensdividende' der Globalisierung: Außenwirtschaftliche Öffnung und innenpolitische Instabilität. In: Politische Vierteljahresschrift 44 (2003) 3, S. 302-324.

Abbildung 1

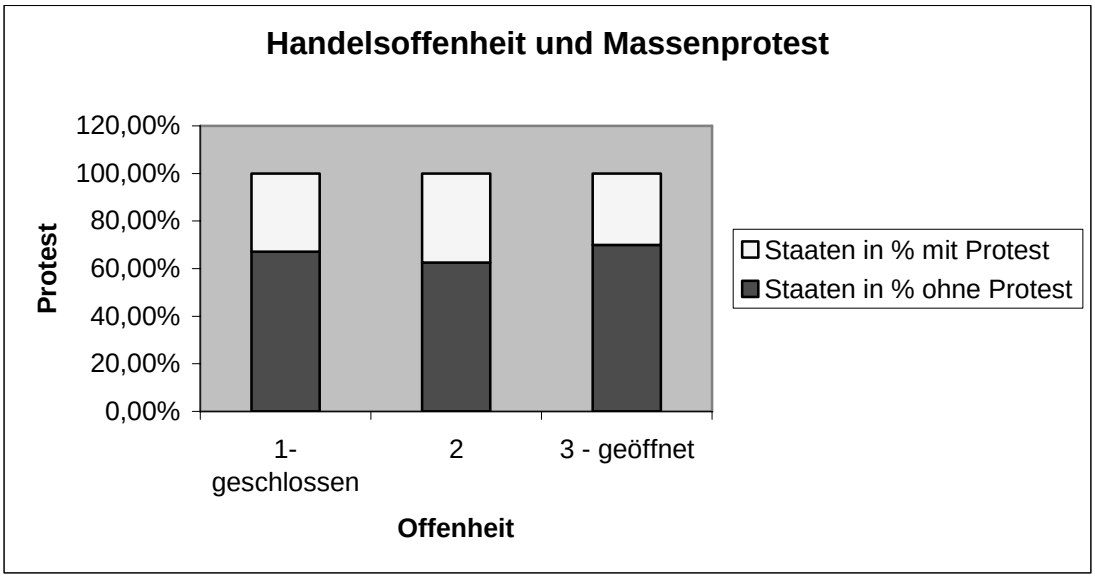


Abbildung 2

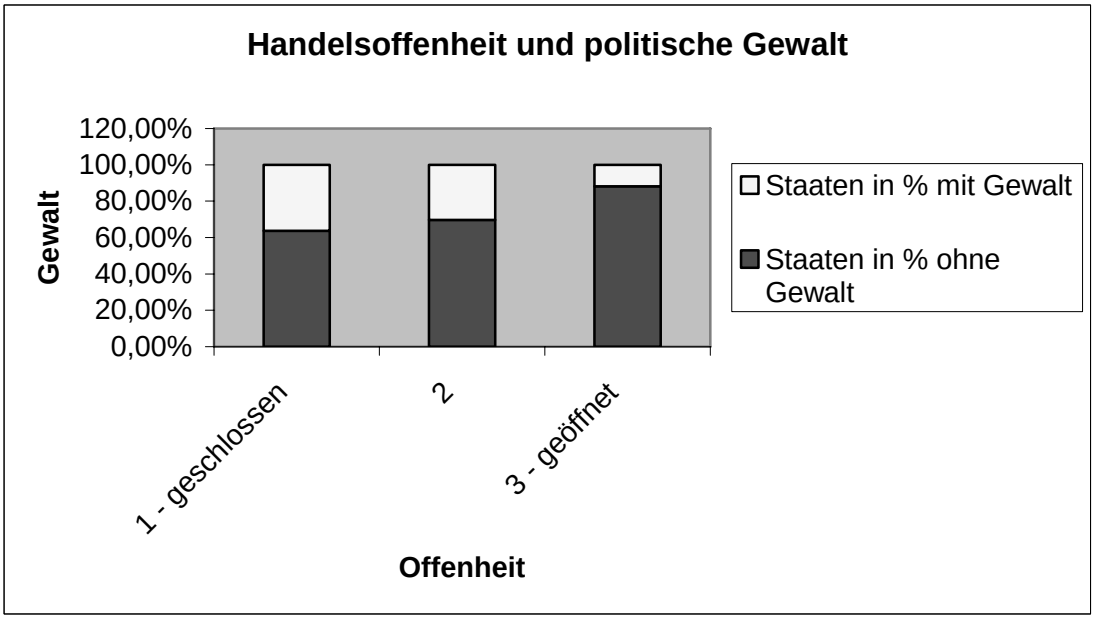
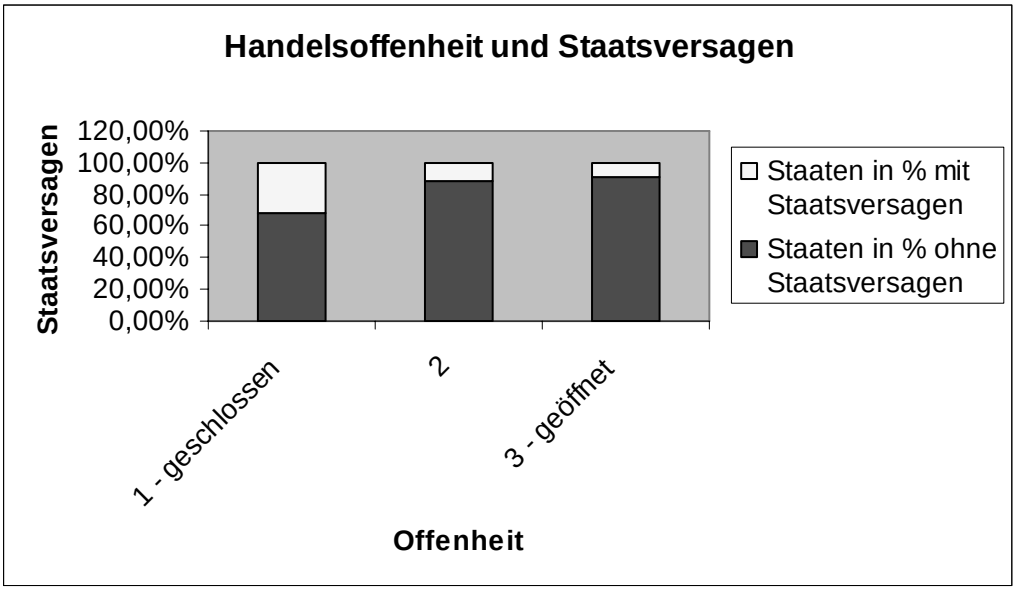


Abbildung 3



Die Kontrollvariablen haben in allen Tests die erwarteten Vorzeichen. Die Variable für Entwicklungsstand weist einen negativ linearen bzw. einen umgekehrt u-förmigen Zusammenhang auf. Das bedeutet, dass Staaten mit mittlerem Entwicklungsniveau am anfälligsten für Bürgerkriege sind[34] bzw. dass mit zunehmender Entwicklung das Konfliktrisiko rückläufig ist.[35] In reichen Ländern lässt sich jedoch mehr friedliches Protestverhalten beobachten.[36] In Autokratien und Demokratien ist das Konfliktrisiko geringer, während es in gemischten Regimen höher ist. Wie schon beim Entwicklungsstand können wir jedoch einen linearen Zusammenhang zum Protestverhalten feststellen. Mit zunehmendem Demokratieniveau ist mit mehr Protestverhalten zu rechnen.[37] In bevölkerungsreichen Staaten ist generell mehr Instabilität zu beobachten; ebenso haben Staaten mit einer friedlichen Vergangenheit eine geringere Wahrscheinlichkeit, Instabilität zu erfahren. Unsere Ergebnisse sind robust bezüglich der verwendeten Schätzmethoden; die Resultate bleiben auch erhalten, wenn wir verschiedene Indikatoren und Daten für Offenheit und Öffnung verwenden und für zusätzliche intervenierende Variable kontrollieren.[38]

[34] Margit Bussmann/Gerald Schneider, a.a.O. 2003.
[35] Dies./Nina Wiesehomeier: Foreign Economic Liberalization and Peace: The Case of Sub-Saharan Africa. European Journal of International Relations 2005 (i.E.).
[36] Margit Bussmann/Gerald Schneider/Harald Scheuthle, a. a. O., 2003.
[37] Dies. a. a. O., 2003.
[38] Weitere Kontrollvariablen für ethnische Fraktionalisierung, Einkommensungleichheit, das Vorhandensein von Rohstoffen usw. wurden getestet, aber wegen mangelnder statistischer Signifikanz nicht in unser Modell integriert. Wir wollten lediglich sicherstellen, dass unsere Ergebnisse nicht durch den Ausschluss wichtiger Faktoren beeinflusst werden. Selbst mit einem fixed-effects Model, das sehr stringente Kriterien verwendet, bleiben beide Variablen in der erwarteten Richtung marginal signifikant.

2. Außenwirtschaftliche Öffnung und Frieden in Afrika: Guinea und Guinea-Bissau

Afrika südlich der Sahara ist eine ideale Fallauswahl zur Überprüfung unserer Thesen. Dieser Kontinent ist gekennzeichnet durch einen Anstieg bewaffneter Gewalt und durch geringes Wirtschaftswachstum. Außenwirtschaftliche Öffnung hat auch in Afrika in den letzten 25 Jahren statt gefunden, jedoch in einem geringeren Maße als in anderen Regionen. Ende der 1970er Jahre waren afrikanische Staaten im Durchschnitt wirtschaftlich geschlossener als Entwicklungsländer in anderen Regionen. Diese Kluft hat sich bis 1987 zwar geschlossen, wurde aber bis Ende der 1990er Jahre wieder ausgeprägter (siehe Abbildung 4). Auch in der Entwicklung der Konflikte unterscheidet sich Afrika von anderen Regionen. Bis Mitte der 1990er Jahre lässt sich generell ein Anstieg von Konflikten konstatieren. Doch während dann die Anzahl der Konflikte in anderen Regionen zurückgeht, nehmen die Konflikte in Afrika weiterhin zu (siehe Abbildung 5).

Abbildung 4: Durchschnittliche Handelsoffenheit (0 =geschlossen, 7 =offen)[39]

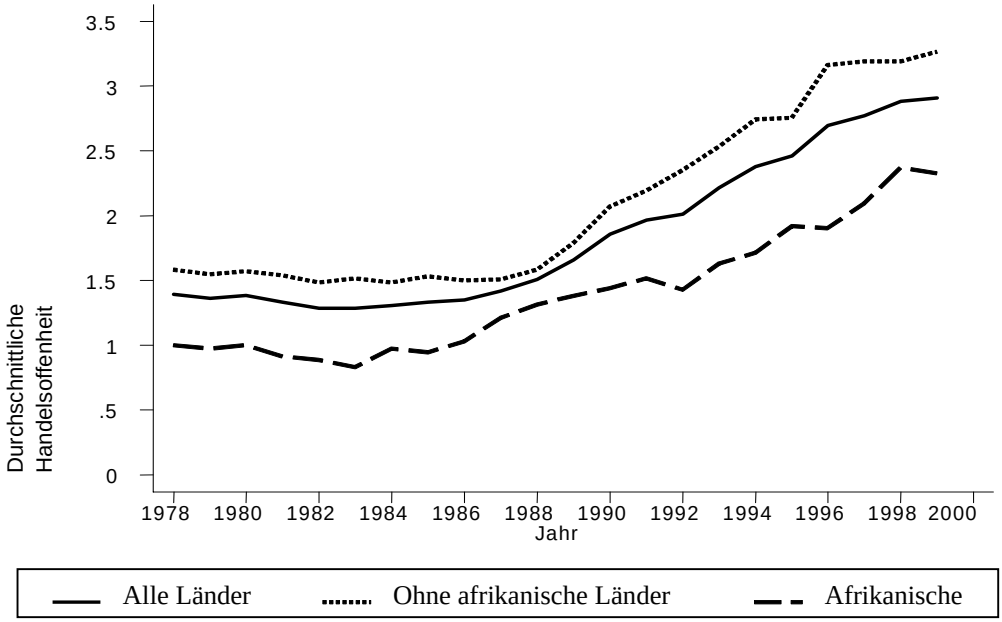
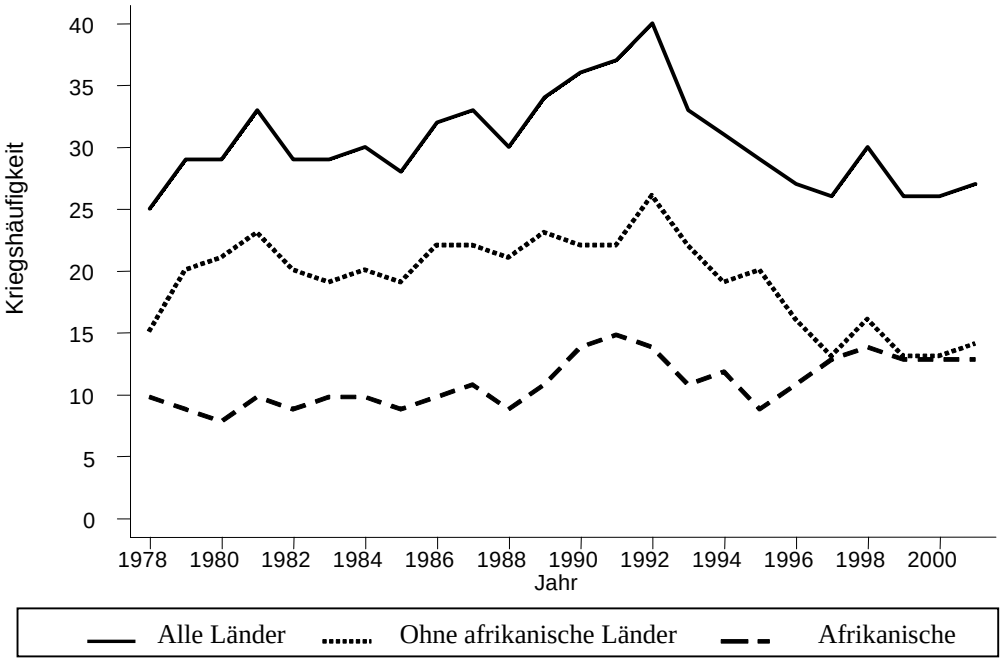


Abbildung 5: Ausbruch von Bürgerkriegen[40]



[39] Daten: CACAO Datensatz (Christian Martin 2005 a. a. O., Ders./Gerald Schneider 2004, a. a. O.)
[40] Daten: Uppsala/Oslo Bürgerkriegsdaten (Havard Hegre/Tanja Ellingsen/Scott Gates/Nils Petter Gleditsch, a. a. O., 2001).

In unseren statistischen Analysen 37 afrikanischer Staaten von 1980-2000 bestätigen sich unsere bisherigen Befunde. Außenwirtschaftliche Offenheit verringert die Wahrscheinlichkeit, dass ein Bürgerkrieg ausbricht, wohingegen der Prozess der wirtschaftlichen Liberalisierung kurzfristig das Konfliktpotential erhöht. Basierend auf diesen Ergebnissen führten wir eine qualitative Fallstudie zweier afrikanischer Staaten durch. Von den wenigen Staaten, in denen kurz nach einer wirtschaftlichen Liberalisierungsepisode ein Bürgerkrieg ausbrach, wählten wir Guinea-Bissau aus.[41] Als Kontrastbeispiel zogen wir Guinea heran, das sehr ähnliche Charakteristiken in Bezug auf geographische Lage, Regierungsform und Struktur des Arbeitsmarktes wie Guinea-Bissau aufweist, dessen wirtschaftlicher Liberalisierung jedoch kein Bürgerkrieg folgte.

Unsere Ergebnisse dieser vergleichenden Fallstudie unterstützen die quantitativen Befunde. Beide Staaten hatten ein ähnlich hohes Risiko für einen ausbrechenden Konflikt, nachdem ihre Regierungen Mitte der 1990er Jahre weit reichende Wirtschaftsreformen durchführten. Nach militärischen Umstürzen der sozialistischen Regierungen in beiden Ländern, wandten sich die jeweiligen militärischen Führer für Unterstützungen an die internationalen Finanzinstitutionen des Bretton Woods Systems und begannen mit dem wirtschaftlichen und politischen Liberalisierungsprozess. In beiden Staaten waren die Wirtschaftsreformen auf die Liberalisierung des Freihandels, verringerte öffentliche Ausgaben und eine Preisreform ausgelegt. Insbesondere die Sparmaßnahmen des öffentlichen Haushalts riefen Proteste seitens der privilegierten Gruppen, also der Angestellten im öffentlichen Dienst, der Lehrer, Studenten und des Militärs hervor. Worin sich die beiden Regierungen klar unterschieden, war in ihrer Antwort auf die Proteste. Bei einem Elitekonflikt kann sich die Regierung durch Konzessionen das Überleben sichern, etwa durch Lohnerhöhungen im öffentlichen Sektor, Veränderungen in der Politik und in Schlüsselpositionen. Der Präsident Guineas hatte dies verstanden; er gab bei verschiedenen Gelegenheiten den Forderungen der Protestler nach und verließ sich sehr auf Kompensationszahlungen. Somit vermied er, dass sich die Proteste zu einem Bürgerkrieg ausweiteten. Im Gegensatz dazu hatte der Präsident Guinea-Bissaus sich nicht auf Kompensationen eingelassen und konnte so eine Eskalation des Konfliktes nicht vermeiden.

Eine Schlüsselrolle in beiden Fällen spielte das Militär, das in beiden Staaten stark von den wirtschaftlichen Sparmaßnahmen betroffen war. In Guinea gab Präsident Conté den Forderungen des Militärs nach mehr Lohn im Anschluss an eine Rebellion nach, während sich in Guinea-Bissau ein Putschversuch des Militärs zu einem Bürgerkrieg entwickelte. Die detaillierte Fallanalyse zeigte, dass die Regierung von Guinea Mitte der 1990er Jahre einen Bürgerkrieg vermeiden konnte, während der Präsident von Guinea-Bissau die Kompensation der Verlierer der wirtschaftlichen Reformen nicht vornahm.[42]

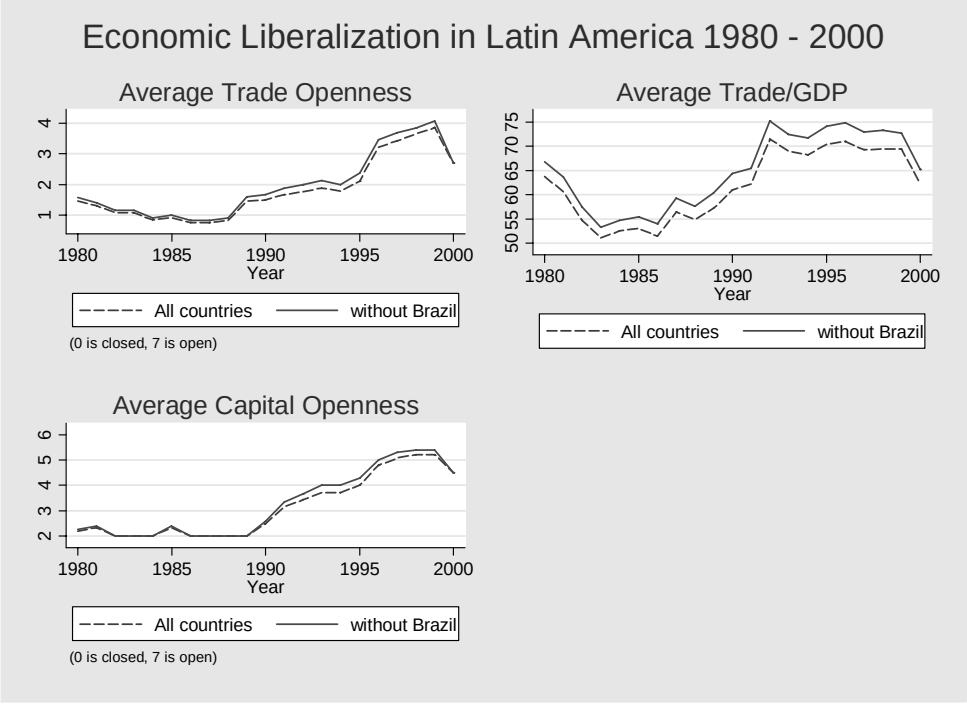
[41] In den anderen Fällen die in Frage kamen, konzentrierten sich die Konflikte eindeutig auf eine Minderheitenproblematik: die Spannungen zwischen Hutu und Tutsi in Ruanda und Burundi oder die Minderheit der Tuareg in Mali und Niger.

[42] Margit Bussmann/Gerald Schneider/Nina Wiesehomeier, a. a. O., 2005 (i. E.).

3. Ergebnisse zu Streiks in Lateinamerika

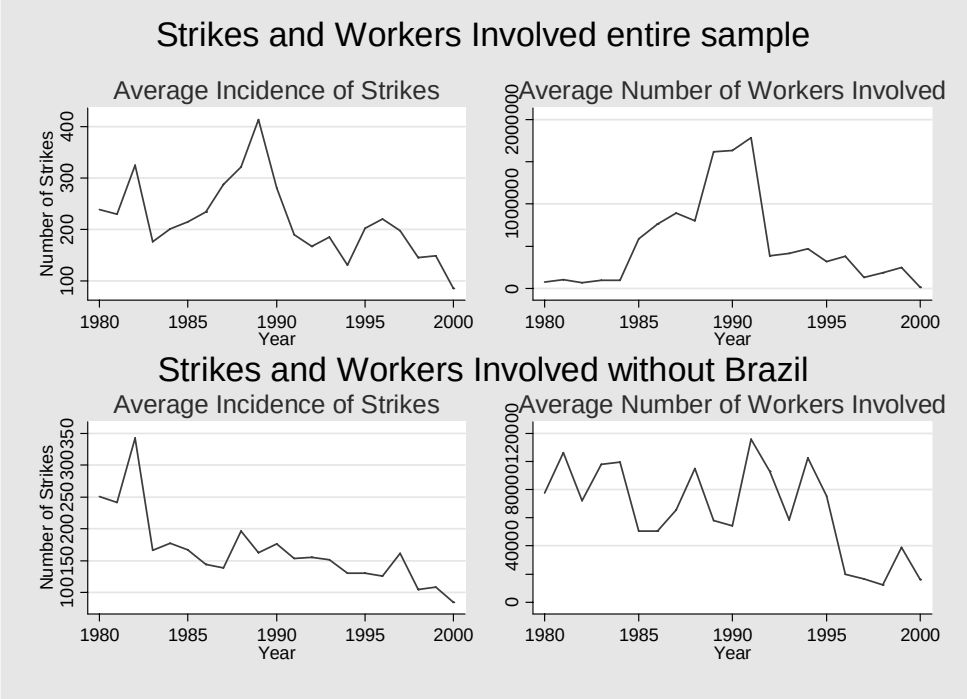
Wie erwähnt, ergänzen die Fallstudien von Walter und die vergleichende Analyse der lateinamerikanischen Länder von Bussmann/Schneider/Wiesehomeier diese Befunde.[43] Unsere Daten zeigen im Schaubild 6, dass das durchschnittliche Streikaufkommen jährlich seit den 1980er Jahre ansteigt und einen Höhepunkt im Jahr 1989 erreicht. In den 90er Jahren nehmen die Streiks dann stetig ab und sind mit 44,4 Streiks pro Land im Durchschnitt im Jahr 2002 am niedrigsten. Wie wir im Schaubild 7 erkennen können, nahm die Handelsoffenheit Mitte der 80er bis in die frühen 90er Jahre zu und blieb seither auf diesem höheren Niveau relativ stabil, wenn auch mit leicht abnehmender Tendenz. Tatsächlich sind die beiden Variablen negativ korreliert, d. h. ein höherer Außenhandelsquotient hängt mit niedrigerem Streikaufkommen zusammen. Dieser Zusammenhang kann jedoch aufgrund anderer intervenierender Variablen zustande kommen, weswegen eine multivariate Regressionsanalyse, in der wir andere Einflüsse konstant halten können, notwendig ist.

Abbildung 6: Wirtschaftliche Liberalisierung in Lateinamerika, 1980-2000



[43] Die Zusammenfassung stützt sich hier in erster Linie auf die Studie von Walter, da der umfassendere Artikel von Bussmann/Schneider/Wiesehomeier zum ersten Mal an Konferenzen Anfang Juli 2004 und in einer ausgearbeiteten Version im September 2004 präsentiert wurde und gerade in Überarbeitung ist: Stefanie Walter: Does Trade Liberalization Cause Domestic Political Instability? Evidence from Argentina. Unveröffentlichtes Papier 2003. Margit Bussmann/Gerald Schneider/Nina Wiesehomeier, a. a. O., 2005 (i. E.).

Abbildung 7: Streiks und involvierte Arbeitnehmer, Latin America 1980-2000



Die Studie von Walter[44] untersucht im Detail, ob es im Zeitraum, in dem in Argentinien handelspolitische Gesetze erlassen wurden, zu mehr Streiks kam. Gleichzeitig wird der Einfluss der Inflation und der Arbeitslosigkeit kontrolliert. Die Ergebnisse sind eindeutig: Auf das generelle monatliche Streikniveau wirkt sich nur die Inflationsrate aus. Während bei den Aktivitäten des importkonkurrierenden Sektors die handelspolitischen Initiativen einen positiven Einfluss ausüben, ist beim exportkonkurrierenden Sektor kein systematischer Zusammenhang der Streiks mit der Wirtschaftspolitik erkennbar. Dies stützt die Vermutung, dass sich die mutmaßlichen Verlierer der „Globalisierung“ gegen Liberalisierungsmaßnahmen wenden.

[44] Stefanie Walter, a. a. O., 2003.

4. Zusammenfassende Bewertung

Wir haben politökonomische Grundlagen zur Herleitung eines Modells genutzt, aus dem wir zwei grundlegende Hypothesen ableiten: Während langfristig außenwirtschaftliche Öffnung zu einer Stabilisierung der Gesellschaft führt, rechnen wir auf kurze Sicht mit einer Destabilisierung. Außenwirtschaftliche Öffnung führt zu mehr Wohlstand und befriedet langfristig eine Gesellschaft. Aus Standardmodellen zur Analyse der Wirkungen handelspolitischer Maßnahmen, das Ricardo-Viner- und das Heckscher-Ohlin-Modell, erwarten wir jedoch, dass die Liberalisierung zunächst zu einem Umverteilungskonflikt führt. Aus diesem Grund werden sich die Verlierer der Globalisierung zumindest kurzfristig gegen den Liberalisierungsschritt wenden. Diese sich ergänzenden Hypothesen bezeichnen wir als die Umverteilungsvariante des „Freihändlerischen Friedens“.

Globaluntersuchungen der Gruppe der Entwicklungsländer bzw. sämtlicher Nationalstaaten seit den 1960er Jahren zeigen zunächst, dass sich besonders für die optimistische Einschätzung einige Evidenz finden lässt. So ist besonders in wirtschaftlich geschlossenen Ländern die Wahrscheinlichkeit größer als in wirtschaftlich offenen Staaten, dass staatliche Institutionen versagen, Gewalt zur Lösung politischer Konflikte eingesetzt wird oder Bürgerkriege ausbrechen. Andererseits finden wir auch Belege dafür, dass in Zeiten des außenwirtschaftspolitischen Wandels politische Akteure eher zu den Waffen greifen als in Perioden ohne wirtschaftspolitische Reformen. Dies ließ sich zum Beispiel für die afrikanischen Staaten südlich der Sahara zeigen. Regierungen können durch außenwirtschaftliche Liberalisierung auftretende sozialpolitische Spannungen durch geeignete Kompensationsmaßnahmen entschärfen, was sich vor allem beim Ländervergleich von Guinea und Guinea-Bissau zeigte. In Schwellen- und Industrieländern führt außenwirtschaftliche Öffnung nur begrenzt zu politischer Gewalt; in diesen oft demokratisch organisierten Staaten sollten Liberalisierungsmaßnahmen kurzfristig eher das Streikaufkommen anwachsen lassen. Diese Erwartung haben wir vor allem für Lateinamerika untersucht. So ist in Argentinien in den Monaten nach zentralen handelspolitischen Initiativen mit einem erhöhten Streikniveau durch Angehörige des importkonkurrierenden Sektors zu rechnen, während diese Reformen das generelle Streikniveau nicht verändern.

Unsere bisherige empirische Evidenz bestätigt in Einklang mit den politökonomischen Modellen, dass sich die Verlierer der Globalisierung zunächst gegen außenwirtschaftliche Liberalisierung stemmen können, langfristig jedoch führt wirtschaftliche Offenheit zu mehr Stabilität eines Staates. Diese entgegen gesetzten Auswirkungen zeigen, dass wirtschaftliche Integration nicht automatisch zu mehr Frieden führt, wie es Befürworter von Globalisierung häufig darstellen. Stattdessen können die friedensstiftenden, langfristigen Effekte zunächst von kurzfristigen Risiken der Instabilität überschattet werden. Deswegen ist es umso wichtiger, dass Politiker und internationale Institutionen Liberalisierungsmaßnahmen vorsichtig entwerfen und die Umverteilungswirkungen der Globalisierung nicht ignorieren.

5. Weitere Forschungsperspektiven

Das Forschungsprojekt ist ein Beitrag, die Debatte zu den innenpolitischen Auswirkungen der Globalisierung zu versachlichen und die Brücke zwischen der Literatur zur außenwirtschaftlichen Öffnung auf der einen und der Bürgerkriegs- und Konfliktforschung auf der anderen Seite zu schlagen. Ein Problem, das die vorliegende Studie mit anderen makroquantitativen Untersuchungen teilt, ist die oft mangelhafte Qualität und Vollständigkeit der verwendeten Indikatoren. Durch eine Vielzahl an fehlenden Werten werden manche Länder komplett aus der Untersuchung ausgeschlossen. Dies beeinträchtigt die Aussagekraft der Ergebnisse und macht, da diese fehlenden Werte oft nicht zufällig sind, Verallgemeinerungen schwieriger. Neue und vollständigere Datensätze müssen gesammelt werden. Im Rahmen eines isolierten, auf zwei Jahre Förderzeit beschränkten Projektes lässt sich dieses Problem jedoch nicht beheben. Sinnvoll wäre es aber, wenn sich die deutsche Friedens- und Entwicklungsforschung systematisch an der Aufdatierung und Erweiterung der besten Datenbanken wie dem Uppsala/PRIO-Datenprojekt beteiligen würde.

Andererseits hat die Analyse wie auch andere jüngere Studien zur Bürgerkriegsforschung gezeigt, dass wohl wichtige Erklärungsvariablen im Modell fehlen. Dies sind vor allem Faktoren, die den genauen Zeitpunkt der Konfliktauslösung beeinflussen. Das normale Forschungsdesign in der quantitativen Friedensforschung vergleicht Staaten- oder Staatenpaarjahre. Eine solche hoch aggregierte Analyse berücksichtigt nur unzureichend, dass diese Untersuchungseinheiten nicht homogen sind, wie es jede Art von Analyse, sei sie nun quantitativer oder qualitativer Natur, erfordert. Der Einbezug von Kontrollvariablen kann diese Heterogenität nicht vollständig auflösen. Aus diesem Grund hat der Projektleiter zusammen mit Vera Tröger, begonnen, die Thesen des freihändlerischen Liberalismus auch mit weniger hoch aggregierten Daten zu analysieren. Die Analyse des Einflusses von konfliktiven Ereignissen auf Aktienmärkte stützt weitgehend die Postulate des Liberalismus; zwischen den Sektoren und den Konflikten ergeben sich aber wichtige Unterschiede. So profitierten in den 1990er Jahren etwa die gesamte Wirtschaft und besonders der Rüstungssektor in den USA von einer Intensivierung des Konfliktniveaus.[45]

Nicht direkt untersucht haben wir in diesem Forschungsprojekt bis jetzt, inwiefern Einkommensungleichheit und politische Polarisierung das Konfliktniveau beeinflussen. Diese weiteren Forschungsarbeiten sind über das EU-Projekt „Polarization and Conflict“ finanziert, zu deren Teilprojektleitern der Verantwortliche für das DSF-Projekt gehört.

Wir sind zuversichtlich, dass auch bei Erweiterungen unseres Forschungsansatzes das zentrale Resultat des DSF-Projektes erhalten bleibt: Außenwirtschaftliche Öffnung hat in vielen Ländern langfristig jene positive Wirkungen hervorgerufen, die wir als „Friedensdividende“ der Globalisierung bezeichnet haben.[46]

---

[45] Gerald Schneider/Vera Tröger: War and the World Economy. Paper presented at the Annual Convention of the International Studies Association (ISA), Portland/USA, 25.2. - 1.3. 2003 . Dies.: The Winners and Losers of War: Stock Market Effects of Armed Conflict, 1990-2000 (= Juan March Working Paper, Nr. 205). Madrid 2004. (http://www.march.es/ceacs/ingles/Publicaciones/working/working.asp?All=1#tablaregistros, 15.6.2005).

[46] Margit Bussmann/Gerald Schneider/Harald Scheuthle, a. a. O., 2003.

Literaturverzeichnis

Adams, Francis: Dev Gupta Satya und Kidane Mengisteab: Globalization and the Dilemmas of the State in the South. London 1999.

Archiv der Gegenwart (Keesing's Archiv der Gegenwart) 1985-2000. Sankt Augustin: Siegler & Co.

Auvinen, Juha: Political Conflict in Less Developed Countries 1981-89. In: Journal of Peace Research 34 (1997) 2, S. 177-195.

Bates, R. H. und La Ferrara, E.: Political Competition in Weak States. In: Economics and Politics 13 (2001) 2, S. 159-184.

Bollen, Kenneth A. und Jackman, Robert W.: Political Democracy and the Size Distribution of Income. In: American Sociological Review 50 (1985) August, S. 438-457

Boswell, Terry und Dixon, William J.: Marx's Theory of Rebellion: A Cross-National Analysis of Class Exploitation, Economic Development, and Violent Revolt. In: American Sociological Review 58 (1993) 5, S. 681-702.

Bussmann, Margit und Schneider, Gerald: Foreign Economic Liberalization and Civil War. Vorgestellt bei der Jahresversammlung der International Studies Association in Portland, USA, Februar 2003.

Bussmann, Margit und Schneider, Gerald: Foreign Economic Liberalization and Civil War. Unveröffentlichtes Manuskript, 2005.

Bussmann, Margit, Scheuthle, Harald und Schneider, Gerald: Die 'Friedensdividende' der Globalisierung: Außenwirtschaftliche Öffnung und innenpolitische Instabilität. In: Politische Vierteljahresschrift 44 (2003) 3, S. 302-324.

Bussmann, Margit, Scheuthle, Harald und Schneider, Gerald: Trade Liberalization and Political Instability in Developing. In: Trappl, Robert (Hrsg.). Programming for Peace: Computer-Aided Methods for International Conflict Resolution and Prevention. Dordrecht, NL, i.E.

Bussmann, Margit, Schneider, Gerald und Wiesehomeier, Nina: Foreign Economic Liberalization and Peace: The Case of Sub-Saharan Africa. European Journal of International Relations 11 (2005) 4, i.E.

Bussmann, Margit, Schneider, Gerald und Wiesehomeier, Nina: Foreign Economic Liberalization and Strikes in Latin America and the Caribbean. Vorgestellt bei der 5th Pan-European International Relations Conference, Den Haag, Niederlande, September 2004.

Collier, Paul: Implications of Ethnic Diversity. In: Economic Policy 16 (2001) 32, S. 129-166.

Collier, Paul, Elliott, V. L., Hegre, Håvard, Hoeffler, Anke, Reynal-Querol, Marta, Sambanis, Nicholas: Breaking the Conflict Trap. Civil War and Development Policy. Washington 2003.

de Soysa, Indra: Paradise is a Bazaar? Greed, Creed, and Governance in Civil War, 1989-99. In: Journal of Peace Research 39 (2002) 4, S. 395-416.

Dreher, Axel. Die Kreditvergabe von IWF und Weltbank. Ursachen und Wirkungen aus politökonomischer Sicht. Berlin 2003.

Fearon, J. D. und Laitin, D. D.: Ethnicity, Insurgency and Civil War. In: American Political Science Review 97 (2003) 1, S. 75-90

Fischer, Ronald D.: The Evolution of Inequality after Trade Liberalization. In: Journal of Development Economics 66 (2001) 2, S. 555-579.

Fischer, Stanley: Globalization and its Challenges. In: American Economic Review 93 (2003) 2, S. 1-30.

Gleditsch, Nils Petter, Wallensteen, Peter, Eriksson, Mikael, Sollenberd, Margareta und Strand, Havard: Armed Conflict 1946 – 2001: A New Dataset. In: Journal of Peace Research 39 (2002) 5, S. 615-637.
Greene, W. H.: Econometrics Analysis. Upper Saddle River, New York 2000.
Hegre, H., Ellingsen, T., Gates, S. , Gleditsch, N. P.: Toward a democratic civil peace? Democracy, political change, and civil war, 1816-1992. In: American Political Science Review 95 (2001) 1, S. 33-48.
Heston, A., Summers, R., and Aten, B. (2002) Penn World Table Version 6.1, Center for International Comparisons at the University of Pennsylvania (CICUP).
Hoogvelt, Ankie: Globalization and the Postcolonial World. In: The Global Transformation Reader: An Introduction to the Globalization Debate. Cambridge 2000, S. 355-360.
Institut für Afrika-Kunde (ed.). 1999-2000. *Afrika Jahrbuch*: *Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara*. Opladen: Leske & Budrich 2000.
Jagodzinski, Wolfgang: Ökonomische Entwicklung and politisches Protestverhalten 1920-1973. Eine kombinierte Quer- and Längsschnittanalyse. In: Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 14 (1983), S. 18-43.
King, G. und L. Zeng: Improving forecasts of state failure. In: World Politics 53 (2001), S. 623-658).
Kurtenbach, Sabine, Mehler, Andreas: Regionalwissenschaften und gewaltsame Konflikte. In: Die Vielfalt von Gewaltkonflikten: Analysen aus regionalwissenschaftlicher Perspektive. Hamburg 2002, S. 7-17.
Marshall, Monty G. und Jaggers, Keith: Polity IV Project: Political Regime Characteristics and Transition, 1800-1999. In: http://www.cidcm.umd.edu/inscr/polity (2000).
Martin, Christian W.: Die doppelte Transformation. Wiesbaden 2005.
Martin, Christian W. und Schneider, Gerald: Foreign Economic Liberalization Around the World. Vorgestellt beim DWPW-Treffen, Hamburg, April 2004.
O´Rourke, Kevin: Heckscher-Ohlin Theory and Individual Attitudes to Trade. NBER Working Paper 9872 (2003).
Rodrik, Dani: The Rush to Free Trade: Why so late, why now? In: Voting for Reform. Democracy, Political Liberalization, and Economic Adjustment. Oxford 1994, S. 61-88.
Schlichte, Klaus: Krieg und Vergesellschaftung in Afrika, Münster-Hamburg 1996.
Schneider, Gerald, Barbieri, Katherine, Gleditsch, Nils Petter: Globalisation and Armed Conflict. Lanham, MD 2003.
Schneider, Gerald, Barbieri, Katherine, Gleditsch, Nils Petter: Introduction. In: Globalisation and Armed Conflict. Lanham, MD 2003, S.3-29.
Schneider, Gerald und Schulze, Günter: The Domestic Roots of Commercial Liberalism: A Sector-Specific Model. In: Globalisation and Armed Conflict. Lanham, MD 2003.
Schneider, Gerald und Schulze, Günter: Trade and Conflict: The Political Foundations. University of Konstanz/University of Freiburg, mimeo 2004.
Schneider, Gerald und Tröger, Vera: War and the World Economy. Paper presented at the Annual Convention of the International Studies Association, Portland, OR (2004).
Schneider, Gerald und Tröger, Vera: Distributional Effects of War: Evidence from Four Stock Markets. In: Juan March Working Paper (2004).

Senghaas, Dieter: Die fixe Idee vom Kampf der Kulturen. In: Frieden und Demokratie. Baden-Baden 1998, S. 164-165.
Stiglitz, Joseph E.: Globalization and its Discontents. London 2002.
Stiglitz, Joseph E.: Capital-Market Liberalization, Globalization, and the IMF. In: Oxford Review of Economic Policy 20 (2004) 1, S. 57-71.
Vanhanen, Tatu: A New Dataset for Measuring Democracy, 1810-1998. In: Journal of Peace Research 37 (2000) 2, S. 251-265.
Walter, Stefanie: Does Trade Liberalization Cause Domestic Political Instability? Evidence from Argentina. Unveröffentlichtes Manuskript 2004.
Weede, Erich: Rent-Seeking und Dependenz als Erklärungsansätze für die Armut in der Dritten Welt. In: Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Tübingen 1990, S. 166-187.
World Bank: World Development Indicators 1999 CD-ROM. Washington 1999.

Zu den Autoren:

Gerald Schneider (*1962) ist seit 1997 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Konstanz, wo er den Lehrstuhl für Internationale Politik inne hat. Er war zuvor Professor für Politikwissenschaft an der Universität Stuttgart und Programmleiter an der Universität Bern. Schneider ist Autor von rund 100 wissenschaftlichen Artikeln zu verschiedensten Fragen der internationalen Politik und wirkt seit dem Jahr 2000 auch als Herausgeber der Zeitschrift "European Union Politics". Von 2003 bis 2004 war er Vizepräsident der International Studies Association. Neuere Artikel sind in *Acta Politica, European Journal of International Relations, European Journal of Political Relations, Journal of Conflict Resolution*, *Millennium* und *Political Studies* erschienen. Derzeitige Arbeitsschwerpunkte: Polarisierung und Konflikt, Auswirkungen von EU-Ereignissen auf Finanzmärkte und die experimentelle Prüfung von spieltheoretischen Gruppenentscheidungsmodellen.

Margit Bussmann (*1968) ist seit 2002 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Internationale Politik an der Universität Konstanz. Zuvor hat sie an der University of Alabama promoviert. Ihre Publikationen erschienen bisher in *Comparative Sociology, European Journal of International Relations und Politische Vierteljahresschriften*. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Ursachen internationaler militärischer und innerstaatlicher Konflikte, wirtschaftlicher Interdependenz, Entwicklung und Einkommensverteilung, wobei sie sich methodisch auf den quantitativ empirischen Forschungsansatz konzentriert.

Folgende Publikationen sind über die DSF zu beziehen:

Forum DSF:

- 5 Reden zur Eröffnung. Die Deutsche Stiftung Friedensforschung im Ledenhof, Osnabrück [Heft 1, 2001]
- Impulse für Friedensforschung und Politik. Stand und Weiterentwicklung der Stiftungsaktivitäten [Heft 2, 2004]

Forschung DSF:

- Stephan Böckenförde: Die War Powers Resolution als ein mögliches Modell für ein Entsendegesetz/Parlamentsbeteiligungsgesetz [Heft 1, 2004]

Jahresberichte DSF:

- Jahresbericht 2001|2002
- Jahresbericht 2003
- Jahresbericht 2004

Arbeitspapiere DSF:

- Friedenskonsolidierung: Handlungsoptionen und Risiken beim Aufbau stabiler Friedensordnungen. 2. Interdisziplinärer Workshop von DSF und AFB am 3. und 4.12.2004 in Hannover [Heft 1, 2005]